

Pies, Ingo

Working Paper

Das moralische Anliegen einer nachhaltigen Klimapolitik: Fünf Thesen aus Sicht einer ordonomischen Wirtschaftsethik

Diskussionspapier, No. 2010-5

Provided in Cooperation with:

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Pies, Ingo (2010) : Das moralische Anliegen einer nachhaltigen Klimapolitik: Fünf Thesen aus Sicht einer ordonomischen Wirtschaftsethik, Diskussionspapier, No. 2010-5, ISBN 978-3-86829-305-0, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale),
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-10799>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170334>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ingo Pies

Das moralische Anliegen einer nachhaltigen
Klimapolitik: Fünf Thesen aus Sicht einer
ordonomischen Wirtschaftsethik

Diskussionspapier Nr. 2010-5

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2010

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-86829-304-3 (gedruckte Form)
ISBN 978-3-86829-305-4 (elektronische Form)
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autoranschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Dieser Beitrag formuliert fünf Thesen zur Klimapolitik aus wirtschaftsethischer Sicht. Gezeigt wird, dass es sich um ein außerordentlich komplexes Problem handelt und dass die Kosten zur Lösung dieses Problems weder von den Entwicklungsländern noch von den Unternehmen getragen werden (können) und deshalb primär von den privaten Haushalten der reichen westlichen Nationen geschultert werden müssen. Erläutert wird die extreme Bedeutung statischer und dynamischer Effizienz sowie die wirtschaftsethische Hauptthese, dass ein moralischer Heroismus im Bereich der Klimapolitik weder notwendig noch hinreichend ist.

Schlüsselwörter: Klimapolitik, Moral, Effizienz

Abstract

This article discusses, from the perspective of economic ethics, five theses on climate politics. It shows that climate change policies are confronted with an exceedingly difficult problem and that the costs to solve this problem will be shouldered neither by poor countries nor by business firms. Therefore, they have to be shouldered by private households in rich western countries. This article furthermore explains the crucial role of static and dynamic efficiency as well as the main thesis that moral heroism is neither necessary nor sufficient to solve the problem of climate change.

Key Words: climate change politics, morality, efficiency

Das moralische Anliegen einer nachhaltigen Klimapolitik: Fünf Thesen aus Sicht einer ordonomischen Wirtschaftsethik

Ingo Pies*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir ist heute Abend die Aufgabe zugewiesen worden, aus der speziellen Perspektive des Wirtschaftsethikers einige Thesen zur Klimapolitik zur Diskussion zu stellen. Ich hoffe, Sie ziehen die professionelle Zuständigkeit der Wirtschaftsethik für dieses Thema nicht in Zweifel. Falls doch, so habe ich zwei Gegenargumente: Erstens sind vom globalen Klimawandel unterschiedliche Regionen unterschiedlich stark betroffen, wobei sich abzeichnet, dass vor allem Entwicklungsländer – und speziell die extrem armen Menschen in Entwicklungsländern – besonders vulnerabel (verletzlich) sind. Sie werden vom Klimawandel hart getroffen, ohne ihn verursacht zu haben. Insofern ist der nachhaltige Schutz dieser Menschen vor den Folgen des Klimawandels ein moralisches Anliegen ersten Ranges. Zweitens wird der Klimawandel durch die Wirtschaft hervorgerufen, insbesondere durch die wirtschaftliche Tätigkeit des Energieverbrauchs. Es ist der CO₂-Ausstoß in der Produktion und im Konsum, durch den Unternehmen und Haushalte zum anthropogenen Treibhauseffekt beitragen. Bei der Klimapolitik geht es also sowohl um Wirtschaft als auch um Moral, und genau das ist die professionelle Domäne der Wirtschaftsethik.

Lassen Sie mich nach dieser Vorbemerkung umstandslos zum Thema kommen. Als Wirtschaftsethiker möchte ich fünf Thesen zur Diskussion stellen. Sie lauten:

1. Das Klimaproblem ist ein Menschheitsproblem mit historisch einmaligen Komplikationen.
2. Es ist unrealistisch zu erwarten, dass die Kosten der Klimapolitik in größerem Umfang von den Entwicklungsländern getragen werden (können).
3. Es ist falsch zu erwarten, dass die Kosten der Klimapolitik von den Unternehmen getragen werden.
4. Entscheidend ist die Effizienz der Klimapolitik, und zwar nicht nur in statischer, sondern vor allem in dynamischer Hinsicht.
5. Hauptthese: Das Klimaproblem lässt sich nicht durch moralischen Heroismus einzelner Individuen lösen, sondern allenfalls durch eine kluge Ordnungspolitik zur Indienstnahme der Wirtschaft, insbesondere der Unternehmen. Deren Innovationsverhalten muss zielgerichtet aktiviert werden.

Ich gehe nun die fünf Thesen der Reihe nach durch und erläutere, welche Gedanken(gänge) sich hinter den jeweils sehr zugespitzten Formulierungen verbergen.

((1)) Das Klimaproblem ist ein Menschheitsproblem mit historisch einmaligen Komplikationen: Ich will versuchen, meine These durch einen Vergleich zu erläutern. Betrachten wir zunächst ein anderes Menschheitsproblem, das auf der Prioritätenliste der Weltpolitik während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ähnlich weit oben gestanden hat wie heute das Klimaproblem für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts: die Verhinderung eines mit

* Schriftliche Ausarbeitung eines Beitrags zur Podiumsdiskussion, mit der die Veranstaltungsreihe „Klimaherbst“ am 6. Oktober 2010 im Alten Rathaus in München eröffnet wurde. Für hilfreiche Hinweise danke ich Tobias Braun, Stefan Hielscher, Martina Pies und Tatjana Schönwälder-Kuntze.

Atomwaffen ausgetragenen Konflikts im kalten Krieg zwischen Ost und West. Auch das war ein Menschheitsproblem. Aber es war im Vergleich betrachtet sehr viel einfacher zu lösen. Ich will auf vier Unterschiede hinweisen.

(a) Den Atomkrieg zu verhindern, war die Aufgabe von zwei Regierungen. In der Klimapolitik hingegen müssen über 180 Regierungen zusammenarbeiten. Das ist nun nicht länger ein bilaterales, sondern ein multilaterales Problem. Folglich ist mit zahlreichen Koordinationsschwierigkeiten zu rechnen. Jeder einzelne souveräne Staat hat hier eine gewisse „veto power“, mit der er ein kollektives Arrangement behindern und verzögern kann. Dies ist an sich schon ein enormer Unterschied. Aber es kommt noch schlimmer.

(b) Um den Atomkrieg zu verhindern, war es hinreichend, eine politisch-militärische Elite in die Lage zu versetzen, etwas *nicht* zu tun. Mit unserem Alltagsleben hatte das wenig zu tun. Ganz anders beim Klimaproblem. Hier geht es darum, den Lebensstil von gegenwärtig sieben Milliarden Menschen nachhaltig zu verändern. In der sozialen Dimension macht das wirklich einen kolossalen Unterschied. Hier geht es nicht darum, dass einige wenige etwas unterlassen, sondern es geht darum, dass Milliarden Menschen ihr je individuelles Verhalten gründlich umstellen. Die Lösung des Klimaproblems erfordert nicht Passivität, sondern Aktivität, und dies auf breiter Front im globalen Maßstab.

(c) Bitte betrachten Sie nun nach der sozialen Dimension die zeitliche Dimension: Alle Beteiligten und Betroffenen hatten ein instantanes Interesse daran, einen Atomkrieg zu vermeiden. Man suchte eine Lösung, die heute greift, morgen hält und sich dann auch in die fernere Zukunft hinein prolongieren lässt. Beim Klimaproblem dreht sich der Zeitstrahl genau um. Wir wissen, dass gravierende Probleme erst in der Zukunft auftauchen werden und müssen uns gewissermaßen abstrakt dazu motivieren, schon heute zu handeln. Ich will es formelhaft zuspitzen: Den Atomkrieg zu verhindern, war ein Kurzfristproblem. Dem Klimawandel zu begegnen, ist ein Langfristproblem.

(d) Das Atomkriegsproblem war symmetrisch, das Klimaproblem ist asymmetrisch verursacht. Damit meine ich Folgendes: Die UDSSR und die USA hatten gleichermaßen gerüstet, und sie mussten sich gleichermaßen zum Nicht-Einsatz von Atomwaffen und zur Abrüstung bereiterklären. Das ließ sich im Prinzip ganz leicht verhandeln, nach dem Motto: do ut des. Es ging um die verlässliche Kopplung von Leistung und Gegenleistung und um den hierfür erforderlichen Aufbau wechselseitigen Vertrauens. Im Vergleich dazu ist das Klimaproblem sehr viel schwieriger, weil es von den reichen Ländern des industrialisierten Nordens verursacht worden ist, während vornehmlich die armen Entwicklungsländer des Südens darunter zu leiden haben. Das macht es sehr viel schwieriger, die Verhandlungen für eine politische Lösung rein zukunftsorientiert zu führen. Stattdessen stehen sie im Schatten der Vergangenheit, und das sorgt für zahlreiche Komplikationen, z.B. in Form von Gerechtigkeitsfragen, mit denen die Abrüstungsverhandlungen nie beschwert worden sind.

Zwischenfazit: Im Hinblick auf diese vier Aspekte – (a) bilateral versus multilateral; (b) passive Unterlassung einiger weniger versus aktive Lebensstiländerung von Milliarden Menschen; (c) Kurzfrist- versus Langfristproblem und (d) symmetrische versus asymmetrische Verursachung – ziehe ich aus dem Vergleich zwischen dem Problem, einen Atomkrieg zu vermeiden, und dem Problem, den Herausforderungen des Klimawandels nachhaltig zu begegnen, folgenden Schluss: dass das Klimaproblem außerordentlich schwierig ist, weil es sich um ein Menschheitsproblem mit historisch einmaligen Komplikationen handelt.¹

¹ Man kann hieran noch eine weitere Schlussfolgerung anknüpfen: Die Institutionen, die zur Eindämmung des Atomkriegsproblems geschaffen wurden – man denke etwa an den KSZE-Prozess –, hatten nicht nur i.e.S. friedenspolitische Auswirkungen, sondern auch i.w.S. menschenrechtspolitische Konsequenzen. In

((2)) Meine zweite These lautet: Es ist unrealistisch zu erwarten, dass die Kosten der Klimapolitik in größerem Umfang von den Entwicklungsländern getragen werden. Lassen Sie mich versuchen, für diese These mehrere Argumente ins Feld zu führen.

(a) Erstens kann aufgrund des politischen Regimes in vielen Entwicklungsländern nicht davon ausgegangen werden, dass die Regierung in einem rechtsstaatlich fairen Wettbewerb mit einer Opposition darum konkurriert, wie man die Interessen der eigenen Bevölkerung bestmöglich zur Geltung bringen kann. Folglich ist damit zu rechnen, dass viele Klimaschutzmaßnahmen selbst dann unterbleiben, wenn sie sich aus Sicht der Betroffenen rechnen würden, und zwar ganz einfach deswegen, weil aus Sicht der politischen Entscheidungsträger ganz andere Prioritäten im Vordergrund stehen, etwa Ausgaben für Militär und Polizei, um einen Repressionsapparat in Gang zu halten, der die eigene Machtposition absichert.

(b) Aber selbst wenn wir für ein Entwicklungsland unterstellen, dass die Regierung aufgrund einer rechtsstaatlich-demokratischen Verfassung danach strebt, das Gemeinwohl zu fördern, ist nicht damit zu rechnen, dass sie viel Geld für Klimaschutz ausgeben wird. Für diese Einschätzung sind zwei Gründe ausschlaggebend. Erstens muss sich eine solche Regierung überlegen, wie sie angesichts einer extrem armen Bevölkerung ihre Prioritäten festlegt. Hier konkurriert jeder Dollar, den man um einer besseren Zukunft willen in eine höhere Energieeffizienz steckt, mit unmittelbar lebensrettenden Maßnahmen etwa im Bereich der Gesundheitsversorgung sowie mit bereits mittelfristig hochrentablen Ausgaben etwa für Bildung. Hinzu kommt, zweitens, dass aufgrund der asymmetrischen Verursachung des Klimawandels jederzeit argumentiert werden kann, dass nicht die „Opfer“, sondern die „Täter“ für die Lösung aufkommen sollten.

Zwischenfazit: Meiner Einschätzung nach ist davon auszugehen, dass die Regierungen in Entwicklungsländern signifikante Beiträge zum Klimaschutz weder leisten wollen noch leisten können. Will man sie dennoch zu entsprechenden Maßnahmen motivieren, wird jemand anderes die hierfür anfallenden Kosten weitgehend übernehmen müssen. Im Klartext heißt das, dass die Last vorwiegend von den starken Schultern der reichen Nationen getragen werden muss. Aber innerhalb der reichen Nationen des industrialisierten Westens stellt sich dann die Anschlussfrage: Wer genau ist es, der die Last zu schultern hat?

((3)) Damit komme ich direkt zu meiner dritten These. Sie lautet: Es ist falsch zu erwarten, dass die Kosten der Klimapolitik von den Unternehmen getragen werden. Ich will nun versuchen, auch dies kurz zu begründen. Dafür verbinde ich zwei Argumente. Das erste ist normativ, das zweite positiv.

(a) Das normative Argument lautet: Alle Produktion dient dem Konsum. Unternehmen stellen nur die Güter und Dienstleistungen bereit, von denen sie erwarten, dass sie sie auch tatsächlich an den Mann oder an die Frau bringen können. Es sind also die erwarteten Kundenwünsche, die die Unternehmen zur Produktion veranlassen. Insofern ist es normativ wünschenswert, dass die Kunden als die eigentlichen Verursacher der Produktion die in der Produktion anfallenden Kosten auch tatsächlich tragen müssen.

(b) Das positive Argument lautet: Der marktliche Wettbewerb sorgt für eine Preisuntergrenze und zugleich für eine Preisobergrenze. Beide liegen nah beieinander. Auf diese Wei-

ähnlicher Weise ist zu erwarten – bzw. prospektiv: darauf zu achten –, dass die Institutionen der Klimapolitik positive Ausstrahlungseffekte haben, um auch andere globale Probleme besser in den Griff zu bekommen: Das internationale Verhandlungssystem, das sich gegenwärtig im Bereich der Klimapolitik entwickelt, könnte die institutionelle Infrastruktur für „global governance“ ganz generell prägen – und bei kluger Ausgestaltung sogar stärken.

se stellt der Wettbewerb sicher, dass die Unternehmen ziemlich genau die Kosten der Produktion auf ihre Kunden überwälzen, nicht mehr, aber auch nicht weniger. – Diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern alt. Sie war bereits im 19. Jahrhundert so bekannt, dass ihr nicht nur David Ricardo, sondern auch Karl Marx zugestimmt hat. Ich will diesen Gedankengang nun kurz skizzieren, möchte Sie aber vorher ausdrücklich darauf hinweisen, dass er unter den Mitgliedern der „scientific community“, die sich als Ökonomen mit diesen Fragen professionell beschäftigen, seit langer Zeit unstrittig ist, obwohl er bis heute immer noch nicht ins allgemeine Bewusstsein eingedrungen zu sein scheint.

Zunächst zur Preisuntergrenze: Wenn es einem Unternehmen nicht gelingt, bei den Kunden eine Zahlungsbereitschaft zu wecken, die die Kosten der Produktion mindestens abdeckt, dann erwirtschaftet es nicht einen Gewinn, sondern einen Verlust. Es lebt dann von der Substanz, weil es die Eigenkapitalbasis aufzehrt. Das kann man sich allenfalls vorübergehend leisten, aber nicht auf Dauer. Deshalb ist zwingend davon auszugehen, dass die Unternehmen, die ihre Kosten nicht decken können, vom Markt verschwinden. Sie orientieren sich neu oder gehen in die Insolvenz. (Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel gibt es nur dann, wenn sich jemand findet, der verlustbringende Unternehmen subventioniert und mithin den Teil der Kosten, die die Kunden selbst nicht tragen wollen, zu übernehmen bereit ist. Üblicherweise ist das der Staat. In diesem marktwirtschaftlichen Ausnahmefall sind es dann nicht die Kunden allein, sondern die Kunden im Schulterschluss mit den Steuerzahlern, die die bei den Unternehmen anfallenden Kosten gemeinsam tragen.)

Nun zur Preisobergrenze: Ein Unternehmen erwirtschaftet nur dann einen Gewinn, wenn es ihm gelingt, bei den Kunden eine Zahlungsbereitschaft zu wecken, die die Kosten der Produktion übersteigt. In diesem Sinn sind Gewinne zu interpretieren als ein Signal – und als eine Belohnung – für gelingende Wertschöpfung. Zugleich sind sie eine Einladung an die Konkurrenz, dem Unternehmen diese lukrativen Kunden abzujagen, indem man es preislich unterbietet oder qualitativ bessere Angebote entwickelt. Gewinne erfüllen also eine wichtige Anreizfunktion für das Wettbewerbsverhalten der Unternehmen. Und umgekehrt begrenzt der Wettbewerb die Gewinnmöglichkeiten des einzelnen Unternehmens und sorgt für eine Preisobergrenze, weil jedes Unternehmen bei der eigenen Preisgestaltung darauf achten muss, dass es nicht zu teuer wird und dann von den Konkurrenten ausgebootet wird.

Empirisch lässt sich das wettbewerbliche Auf und Ab von Marktpreisen besonders dann gut beobachten, wenn sich die Produktionskosten – etwa aufgrund eines Ölpreisschocks – besonders schnell und stark erhöhen oder wenn sie spiegelbildlich – etwa aufgrund forcierter Innovationen – besonders schnell und stark absinken. Letzteres ist beispielsweise bei Computern oder bei Telefondiensten der Fall. Die radikalen Preissenkungen, die wir hier erlebt haben, sind ökonomisch darauf zurückzuführen, dass sich die Unternehmen durch Wettbewerb dazu veranlasst sahen, die aufgrund technologischen Fortschritts erreichten Kostensenkungen an ihre Kunden weiterzugeben.

Zwischenfazit: Die Kosten der Klimapolitik sind faktisch nicht von den Unternehmen, sondern von den Kunden zu tragen – und das ist auch gut so! Denn genau das entspricht dem Verursacherprinzip.

((4)) Es sind also Menschen wie Sie und ich – es sind die Bürger der reichen westlichen Nationen, die die Kosten der Klimapolitik zu tragen haben werden. Das bringt mich unmittelbar zu meiner vierten These. Sie besagt, dass wir Bürger ein gemeinsames Interesse haben, auch wenn wir uns dessen so noch gar nicht allgemein bewusst sind. Dieses gemeinsame Interesse betrifft die Effizienz der Klimapolitik, und zwar nicht nur in statischer, son-

dern vor allem in dynamischer Hinsicht. Ich will versuchen, das möglichst allgemeinverständlich und schrittweise zu erläutern.

(a) Zunächst zur statischen Effizienz: Sobald wir uns darüber einig sind, dass wir eine wirksame Klimapolitik anstreben, die wir uns auch etwas kosten lassen wollen, stehen wir vor der Entscheidung, wie wir unser Geld am besten einsetzen. Konkret geht es darum, welche Maßnahme uns pro eingesetzten Euro den meisten Klimaschutz einbringt. Wenn Sie anfangen, so darüber nachzudenken, gelangen Sie schnell zu der einfachen, aber folgenreichen Erkenntnis, dass z.B. eine Erhöhung der Energieeffizienz in Deutschland sehr viel teurer ist als die gleiche Erhöhung der Energieeffizienz in einem Entwicklungsland. Konkret folgt daraus, dass der deutsche Steuerzahler Klimaschutzmaßnahmen nicht primär in Deutschland, sondern in anderen Ländern finanzieren sollte.

(b) Nun zur dynamischen Effizienz: Wenn wir den Stand der Technik nicht als gegeben, sondern als veränderbar betrachten, dann verschiebt sich die relevante Fragestellung. Zwar bleibt wichtig, darauf zu achten, wie man bei gegebener Technologie möglichst viel CO₂-Vermeidung einkaufen kann. Noch wichtiger aber und von geradezu entscheidender Bedeutung wird die Frage, was wir *heute* tun können, um die Vermeidungskosten von *morgen* zu senken. Hierfür sind Innovationen erforderlich, und die lassen sich nur in Gang setzen, wenn man ein Zusammenspiel von wissenschaftlicher Grundlagenforschung und unternehmerischer Anwendungsforschung organisiert. Die Unternehmen sind die eigentlichen Innovationsmotoren der modernen Gesellschaft. Sie müssen mit Anreizen versorgt werden, den Klimaschutz zu verbilligen, so dass wir uns mehr davon leisten können.

Zwischenfazit: Aus den Überlegungen zur statischen Effizienz folgt, dass wir Klimaschutzmaßnahmen dort vornehmen sollten, wo wir pro eingesetzten Euro die stärkste Wirkung erzielen können. Aus den Überlegungen zur dynamischen Effizienz folgt, dass wir das Geld heute nicht primär für Emissionsvermeidungen ausgeben sollten. Stattdessen wären wir klug beraten, wenn wir das Geld investiv zur Innovationsförderung einsetzen würden, damit die Kosten der Emissionsvermeidung zukünftig sinken. In dem Maße, wie die gegenwärtige Klimapolitik von diesen Überlegungen abweicht, sind ihre Kosten unnötig hoch, so dass wir alle kollektiv unter unseren Möglichkeiten bleiben.²

² Ich will versuchen, das anhand eines konkreten Beispiels zu verdeutlichen: In der Nähe meines Wohnorts wird gegenwärtig ein großes Waldareal abgeholzt, um dort eine Photovoltaik-Anlage zu installieren. Mit dieser Anlage soll Sonnenstrom produziert werden, mit dem sich eine gewisse Strommenge ersetzen lässt, die andernfalls aus fossilen Brennstoffen hätte gewonnen werden müssen. Insofern reduziert die Anlage indirekt CO₂-Emissionen und leistet damit einen positiven Beitrag zum Klimaschutz. Dennoch lässt sich diese Maßnahme gerade aus klimapolitischer Sicht kritisieren, und zwar unter gleich zwei Gesichtspunkten: (a) Im Hinblick auf die statische Effizienz kann man einwenden, dass es besser wäre, mit dem Sonnenstrom nicht eine konventionell hergestellte Strommenge in Deutschland zu ersetzen, sondern eine konventionell hergestellte Strommenge in einem Entwicklungsland. Das liegt daran, dass bei der Umwandlung von Kohle und Öl in Strom die Energieeffizienz in Deutschland wesentlich höher ist als die Energieeffizienz in Entwicklungsländern. Würde man die Photovoltaik-Anlage also nicht hier, sondern in einem armen Land aufbauen, ließe sich wesentlich mehr CO₂ einsparen. Würde man dafür zudem ein sonnenreiches Entwicklungsland wählen, dann wäre es möglich, mit dem gleichen Geldeinsatz eine wesentlich größere Klimaschutzwirkung einzukaufen. (b) Im Hinblick auf die dynamische Effizienz kann man einwenden, dass in dem konkreten Projekt sehr viel (Steuer-)Geld dafür ausgegeben wird, eine vergleichsweise immer noch sehr teure (= wenig leistungsfähige) Technologie in Anwendung zu bringen. Alternativ könnte man das Geld auch dafür ausgeben, die Technologie noch weiter zu verbessern. Dann müsste man die Forschung subventionieren. Dies würde bedeuten, sich *heute* in die Lage zu versetzen, die statische Effizienz *von morgen* zu verbessern. Es kommt also auf das richtige Zusammenspiel von statischer und dynamischer Effizienz an. Und in dieser Hinsicht gehen Ökonomie und Ökologie Hand in Hand: Durch ökonomische Effizienzverbesserungen *verbilligt* sich der Klimaschutz, so dass wir uns mehr

((5)) Meine Abschlussthese lautet: Das Klimaproblem lässt sich nicht durch moralischen Heroismus einzelner Individuen lösen, sondern allenfalls durch eine kluge Ordnungspolitik zur Indienstnahme der Wirtschaft, insbesondere der Unternehmen. Deren Innovationsverhalten muss zielgerichtet aktiviert werden. Ich will versuchen, dies in drei Schritten zu begründen.

(a) Erster Schritt: Natürlich können Sie oder ich jeweils als Einzelperson die Entscheidung treffen, dass wir uns entgegen den Anreizen klimaschonend verhalten. Falls Sie sich so entscheiden, will ich Sie davon nicht abbringen. Aber ich will Sie doch immerhin darauf aufmerksam machen, dass moralischer Heroismus in einem streng logischen Sinn weder notwendig noch hinreichend ist. Er ist nicht hinreichend, weil von ihm keine Sogwirkung ausgeht, die Milliarden Menschen veranlassen würde, ihr Verhalten ebenfalls zu ändern. Und er ist nicht notwendig, weil wir in einer rechtsstaatlichen Demokratie die nötigen Weichenstellungen auch ohne große persönliche Opfer vornehmen können, sobald wir den Weg einer klugen Institutionalisierung von Anreizen einschlagen. Ich will versuchen, das anhand eines Beispiels zu verdeutlichen.

(b) Zweiter Schritt, ein Gedankenexperiment: Stellen Sie sich vor, wir hätten uns vor 50 Jahren hier getroffen und gemeinsam überlegt, wie man eine allgemeine Informationsrevolution auslösen kann. Wie bringt man die Menschen dazu, den Computer und das Internet in ihr alltägliches Leben Einzug halten zu lassen? Wie sorgt man für eine massenhafte Nutzung der neuen Technologien? Retrospektiv lautet die richtige Antwort: Man muss es zur Aufgabe der Unternehmen machen, Innovationen zu entwickeln, die die neue Technik so attraktiv werden lassen, dass es aus der Sicht des einzelnen Anwenders als vorteilhaft erscheint, sich diese Technik anzueignen und sie im Alltag zu nutzen. Diese Antwort bleibt auch dann richtig, wenn es heute darum geht, neue Klimatechnologien zu entwickeln (= dynamische Effizienz) und massenhaft in Gebrauch zu bringen (= statische Effizienz): Wir können das Alltagshandeln von Milliarden Menschen nur dadurch klimafreundlich(er) gestalten, dass wir die Unternehmen mittels Anreizsetzung dafür einspannen, durch eine Fülle von Produkt- und Verfahrens-Innovationen es für diese Menschen aus deren jeweils rein individueller Sicht attraktiv werden zu lassen, weniger CO₂ zu emittieren.

(c) Dritter Schritt: In Sachen Klimaschutz haben wir es im Hinblick auf die Unternehmen mit marktlichen Situationen zu tun, in denen nicht das gute Beispiel Schule macht,

davon leisten können. – Die Unterscheidung zwischen statischer und dynamischer Effizienz hilft auch dabei, die außerordentlichen Schwierigkeiten zu erklären – und zu überwinden! –, die sich bei den internationalen Klimaverhandlungen gegenwärtig beobachten lassen (und die oft – fälschlicherweise – auf die vermeintliche Schwerfälligkeit multilateraler Verhandlungen zurückgeführt werden, obwohl sie primär durch eine fehlkonzipierte Verhandlungsagenda verursacht sind): Die gesamte Kyoto- und Post-Kyoto-Architektur wird von Bemühungen um statische Effizienz dominiert. Hier sind die reichen Länder in Vorleistung getreten und erwarten nun von den Entwicklungsländern (und von den USA), dass sie entsprechend nachziehen und sich nicht länger als Trittbrettfahrer verhalten. Würde man hingegen das Bemühen um dynamische Effizienz systematisch mit einbeziehen und sogar in den Vordergrund rücken, dann würde die Möglichkeit einer internationalen Arbeitsteilung sichtbar, die für alle Beteiligten wesentlich attraktiver (und einem wirksamen Klimaschutz wesentlich förderlicher) wäre als die gegenwärtig verhandelten Optionen. Die reichen Länder würden von den armen Ländern eine Beteiligung beim Bemühen um statische Effizienz einfordern, aber nicht primär als Gegenleistung für ihre eigenen bisherigen Vermeidungsanstrengungen, sondern als Gegenleistung für (weitgehend allererst noch zu erbringende) Forschungsanstrengungen zur Förderung dynamischer Effizienz, mit denen die Kosten zukünftiger Vermeidungsanstrengungen drastisch reduziert werden können. Auf diese Weise kämen Möglichkeiten wechselseitiger Besserstellung in den Blick (und auf die Agenda internationaler Klimaverhandlungen), die es allen beteiligten Ländern wesentlich erleichtern würden, eine multilaterale Einigung herbeizuführen.

sondern das schlechte Beispiel: Klimaschutz ist ein globales öffentliches Gut. Das bedeutet, dass die meisten Menschen nachweislich nicht dazu bereit sind, auf dem Markt freiwillig etwas für dieses Gut zu bezahlen. Das wiederum hat zur Folge, dass es den Unternehmen naturgemäß schwerfällt, Zusatzkosten in Kauf zu nehmen, um dieses öffentliche Gut zu produzieren. Im Wettbewerb würde das bestraft. So kommt es zu statischen und dynamischen Effizienzeinbußen. Vor diesem Hintergrund besteht die einzige wirklich funktionsfähige Lösung darin, dass wir uns als Bürger zusammentun und die Kosten, die wir individuell nicht zu tragen bereit sind, kollektiv tragen und unsere Zahlungsbereitschaft dafür einsetzen, die Unternehmen mit Anreizen zur Innovation zu versorgen, wohl wissend, dass nicht die Unternehmen, sondern wir es sind, die diese Kosten zu tragen haben. Es geht also nicht ohne Staat. Aber die klimapolitische Aufgabe des Staates besteht nicht darin, den Markt dirigistisch außer Kraft zu setzen, sondern sie besteht gerade umgekehrt darin, den Markt hier allererst in Kraft zu setzen und ihn für das moralische Anliegen einer wirksamen Klimapolitik instrumentell einzuspannen.

Fazit: Als Wirtschaftsethiker halte ich es in einer Hinsicht ganz mit Bertolt Brecht. Der legt seinem Galilei im gleichnamigen Theaterstück, und zwar am Ende der 13. Szene, folgenden Ausspruch in den Mund: „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat.“ Lassen Sie mich das sogleich auf die Klimapolitik übertragen: Unglücklich das Land, dem es nicht gelingt, klimaschonendes Verhalten auf breiter Front anreizkompatibel zu machen.

Wir stehen vor der Herausforderung, klimaschonendes Verhalten nicht nur appellativ zu fordern, sondern tatsächlich zu fördern. Dabei mangelt es nicht an moralischem Engagement. Es mangelt aber sehr wohl daran, dieses moralische Engagement richtig zu kanalisieren. Wir müssen den Weg einer Institutionalisierung von Innovationsanreizen gehen. Dann ist die Wirtschaft und dann sind insbesondere die Unternehmen nicht mehr ein Teil des Problems, den man bekämpfen müsste, sondern sie werden zu einem Teil der Lösung. Wirksame Klimapolitik lässt sich nicht *gegen* die Unternehmen ins Werk setzen, sondern nur *mit* ihnen – und vor allem: *durch* sie.

*Diskussionspapiere*³

- Nr. 2010-5 **Ingo Pies**
Das moralische Anliegen einer nachhaltigen Klimapolitik: Fünf Thesen aus Sicht einer ordonomischen Wirtschaftsethik
- Nr. 2010-4 **Ingo Pies, Peter Sass**
Verdienen Manager, was sie verdienen? – Eine wirtschaftsethische Stellungnahme
- Nr. 2010-3 **Ingo Pies**
Die Banalität des Guten: Lektionen der Wirtschaftsethik
- Nr. 2010-2 **Walter Reese-Schäfer**
Von den Diagnosen der Moderne zu deren Überbietung: Die Postsäkularisierungsthese von Jürgen Habermas und der gemäßigte Postmodernismus bei Niklas Luhmann
- Nr. 2010-1 **Ingo Pies**
Diagnosen der Moderne: Weber, Habermas, Hayek und Luhmann im Vergleich
- Nr. 2009-19 **Ingo Pies, Markus Beckmann**
Whistle-Blowing heißt nicht: „verpfeifen“ – Ordonomische Überlegungen zur Korruptionsprävention durch und in Unternehmen
- Nr. 2009-18 **Ingo Pies**
Gier und Größenwahn? – Zur Wirtschaftsethik der Wirtschaftskrise
- Nr. 2009-17 **Christof Wockenfuß**
Demokratie durch Entwicklungskonkurrenz
- Nr. 2009-16 **Markus Beckmann**
Rationale Irrationalität oder “Warum lehnen die Intellektuellen den Kapitalismus ab?” – Mises und Nozick als Impilsgeber für die ordonomische Rational-choice-Analyse von Sozialstruktur und Semantik
- Nr. 2009-15 **Markus Beckmann**
The Social Case as a Business Case: Making Sense of Social Entrepreneurship from an Ordonomic Perspective
- Nr. 2009-14 **Stefan Hielscher**
Morality as a Factor of Production: Moral Commitments as Strategic Risk Management
- Nr. 2009-13 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**
Competitive Markets, Corporate Firms, and New Governance—An Ordonomic Conceptualization
- Nr. 2009-12 **Stefan Hielscher**
Zum Argumentationsmodus von Wissenschaft in der Gesellschaft: Ludwig von Mises und der Liberalismus
- Nr. 2009-11 **Ingo Pies**
Die Entwicklung der Unternehmensethik – Retrospektive und prospektive Betrachtungen aus Sicht der Ordonomik
- Nr. 2009-10 **Ingo Pies**
Ludwig von Mises als Theoretiker des Liberalismus
- Nr. 2009-9 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Ansatz von Ludwig von Mises

³ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003-2007.

- Nr. 2009-8 **Markus Beckmann**
Diagnosen der Moderne: North, Luhmann und mögliche Folgerungen für das Rational-Choice-Forschungsprogramm
- Nr. 2009-7 **Ingo Pies**
Das ordonomische Forschungsprogramm
- Nr. 2009-6 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**
Sozialstruktur und Semantik – Ordonomik als Forschungsprogramm in der modernen (Welt-)Gesellschaft
- Nr. 2009-5 **Ingo Pies**
Hayeks Diagnose der Moderne – Lessons (to be) learnt für das ordonomische Forschungsprogramm
- Nr. 2009-4 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik für die Schule
- Nr. 2009-3 **Stefan Hielscher**
Moral als Produktionsfaktor: ein unternehmerischer Beitrag zum strategischen Risikomanagement am Beispiel des Kruppschen Wohlfahrtsprogramms
- Nr. 2009-2 **Ingo Pies**
Wirtschaftspolitik, soziale Sicherung und ökonomische Ethik: drei ordonomische Kurzartikel und zwei Grundlagenreflexionen
- Nr. 2009-1 **Ingo Pies**
Wirtschafts- und Unternehmensethik in Halle – ein Interview und zwei Anhänge
- Nr. 2008-11 **Ingo Pies und Stefan Hielscher**
Der systematische Ort der Zivilgesellschaft – Welche Rolle weist eine ökonomische Theorie der Moral zivilgesellschaftlichen Organisationen in der modernen Gesellschaft zu?
- Nr. 2008-10 **Ingo Pies und Stefan Hielscher**
The Role of Corporate Citizens in Fighting Poverty: An Ordonomic Approach to Global Justice
- Nr. 2008-9 **Ingo Pies**
Korruptionsprävention: Wie aktiviert man die Selbstheilungskräfte des Marktes?
- Nr. 2008-8 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Ansatz von Douglass North
- Nr. 2008-7 **Ingo Pies**
Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch – Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem
- Nr. 2008-6 **Stefan Hielscher**
Die Sachs-Easterly-Kontroverse: „Dissent on Development“ Revisited
- Nr. 2008-5 **Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Social Entrepreneurship und Ordnungspolitik:
Zur Rolle gesellschaftlicher Change Agents am Beispiel des Kruppschen Wohlfahrtsprogramms
- Nr. 2008-4 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Corporate Citizenship as Stakeholder Management:
An Ordonomic Approach to Business Ethics
- Nr. 2008-3 **Ingo Pies, Christof Wockenfuß**
Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung: Wie lässt sich der entwicklungs-
politische Trade-Off überwinden?
- Nr. 2008-2 **Ingo Pies**
Markt und Organisation: Programmatische Überlegungen zur Wirtschafts- und Unternehmensethik

- Nr. 2008-1 **Ingo Pies**
Unternehmensethik für die Marktwirtschaft:
Moral als Produktionsfaktor

Wirtschaftsethik-Studien⁴

- Nr. 2010-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Sustainability in the Petroleum Industry: Theory and Practice of Voluntary Self-Commitments
- Nr. 2009-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Nachhaltigkeit in der Mineralölindustrie: Theorie und Praxis freiwilliger Selbstverpflichtungen
- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals:
Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
- Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

⁴ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.